

Postulat Micieli Matteo (PdA), Joggi Raffael (AL): Kinderbetreuung zu Randzeiten: Überprüfung der Nachfrage und möglichen Lösungsansätzen

Auftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Es sei zu überprüfen, wie hoch das Bedürfnis für Betreuungsangebote zu Randzeiten ist.
 - 1.1 Wie viele Familien werden durch öffentliche Institutionen aufgrund der Betreuungszeiten nicht ausreichend in der Kinderbetreuung unterstützt?
 - 1.2 Welche Betreuungszeiten werden nachgefragt? (Nur bis 20.00 Uhr, bis 22.00 Uhr, die ganze Nacht usw.)
2. Es sei zu überprüfen ob und in welcher Form das städtische Angebot für Betreuung zu Randzeiten auszuweiten ist (bspw. durch eine Ausweitung der Betreuungszeiten, durch einen Fonds für Care-Arbeit usw.).
3. Es sei zu überprüfen, wie das Betreuungsangebot zu Randzeiten den Eltern(-teilen) zugänglich gemacht werden kann
4. Es sei zu überprüfen, welche Massnahmen die Stadt Bern als Arbeitgeberin einführen sollte, um Angestellte, die zu Randzeiten arbeiten (Stadtgrün, Entsorgung usw.) in ihren Betreuungsaufgaben zu entlasten.

Begründung

Im Zeichen der Chancengleichheit wurde Kinderbetreuung aus dem privaten Feld zu einer – zumindest teilweisen – öffentlichen Angelegenheit gewandelt. Dieses Angebot richtet sich jedoch auch heute nicht an alle. Ein Drittel der Haushalte greifen in der Schweiz auf institutionalisierte Betreuungsangebote zurück.¹ Insbesondere in den Metropolregionen sei das Angebot wie auch die Nachfrage besonders gross. Da in der Schweiz der Zusammenhang zwischen einem erhöhten «Betreuungsangebot mit höheren Vollzeitwerbsquoten von Müttern» nachgewiesen worden sei, kam man zum Schluss, dass ein stärkerer Fokus auf solche institutionellen Betreuungsangebote Gleichstellungspolitik bedeute.² Diese Betreuungsangebote werden aber klar schichtspezifisch in Anspruch genommen. Je höher der Bildungsgrad und das Einkommen der Mutter, desto eher werden diese Angebote genutzt.³ Die für den Niedriglohn typischen Randarbeitszeiten etwa erfordern den Betreuungsangeboten eine Flexibilität ab, auf die diese nicht eingerichtet sind. Um die Mütter* im Niedriglohnsektor, scheint es, bei genauer Betrachtung aber auch nicht zu gehen. Nicht alle können auf ein soziales Netz zurückgreifen, welches die Kinderbetreuung zu Randarbeitszeiten abzudecken, was die Situation von Menschen insbesondere im Niedriglohnsektor noch schwieriger macht. Die Stadt Bern muss deshalb solche Lücken füllen, falls diese vorhanden sind.

Bern, 17. Oktober 2024

Erstunterzeichnende: Matteo Micieli, Raffael Joggi

Mitunterzeichnende: David Böhner

¹ Fuchs, G. (2018). Gleichstellungspolitik in der Schweiz: Einführung in ein umstrittenes Politikfeld (1st ed.). Verlag Barbara Budrich. S. 51

² Ebd.

³ Ebd.